

1 Das Feld der stationären Jugendhilfe

Wissenschaftliche Diskurse und Verortungen

In diesem Kapitel werde ich eine Verortung und Reflexion des Forschungsvorhabens vor dem Hintergrund verschiedener empirischer Studien und wissenschaftlicher Diskurse durchführen. Mit der Frage nach Normalitätskonstruktionen in der stationären Jugendhilfe aus biographischer Perspektive im Kontext von Differenzverhältnissen spielen unterschiedliche Debatten und Bezugsmomente eine Rolle.

Einen Strang, an den die vorliegende Arbeit anknüpft, stellen adressat*innen-bezogene Forschungen in der stationären Jugendhilfe dar. Damit einher gehen Forschungen, die die Subjektperspektive sowie Erfahrungen und Deutungen von Adressat*innen ins Zentrum rücken (vgl. Kap. 1.1). Weiter knüpft die Arbeit an internationale Debatten rund um Care Leaver und Leaving-Care-Prozesse an und interessiert sich dafür, wie diese Prozesse aus biographischer Perspektive erlebt werden (vgl. Kap. 1.2). Zuletzt spielen auch die Diskurse über Differenzen in der Sozialen Arbeit (vgl. Kap. 1.3) und über Normalität sowie Normalisierung (vgl. Kap. 1.4) eine Rolle.

In der nun folgenden Darstellung werden relevante Aspekte der verschiedenen Diskurse und relevante empirische Studien dargestellt. Vor diesem Hintergrund wird eine Verortung des Forschungsvorhabens vorgenommen und reflektiert, welche Konsequenzen daraus für die vorliegende Untersuchung gezogen werden können.

1.1 Forschungen mit Adressat*innenperspektive

Der Fokus der vorliegenden Untersuchung liegt auf den Biographien von jungen Menschen, die in stationären Hilfen zur Erziehung gelebt haben.¹ Nach Flösser

1 Im deutschsprachigen Raum werden die Begriffe stationäre Hilfen zur Erziehung oder Erziehungshilfe bzw. auch Heimerziehung oftmals synonym verwandt. Zeller konstatiert, dass es in den Fachdiskursen der Kinder- und Jugendhilfe immer wieder Anstrengungen gebe, den Begriff der Heimerziehung abzulösen, um auch der Weiterentwicklung von Angebotsformen

et al. (1998) können die Strukturelemente Sozialer Arbeit im Dreieck von sozialpädagogischen Institutionen, den Professionellen der Sozialen Arbeit sowie den Adressat*innen bestimmt werden. Die vorliegende Arbeit fokussiert auf die Subjekte Sozialer Arbeit und legt damit einen Schwerpunkt auf die Adressat*innen Sozialer Arbeit.

Mit Forschungen, die auf die Perspektive von Adressat*innen fokussieren, geht eine Machtverschiebung einher von einer expertokratischen Deutung von Professionellen und institutionellen Perspektiven hin zu einer Perspektive, die die Erfahrungen und Positionen der Adressat*innen zum Ausgangspunkt macht (vgl. Graßhoff/Paul/Yeshurun 2015, S. 8). Dabei können Adressat*innen aber nicht unabhängig von den anderen Strukturelementen gedacht werden. Oder wie Bitzan und Bolay (2017, S. 9) formulieren: »Adressat*innen [gibt es] nur als Adressat*innen von Institutionen und in Interaktionen mit Professionellen«. Sie werden damit in einem gemeinsamen Herstellungsprozess zu Adressat*innen gemacht. In den Forschungen der Sozialen Arbeit lag lange Zeit der Schwerpunkt auf den Professionellen bzw. auch den Organisationen Sozialer Arbeit. Die Perspektive von Adressat*innen wurde hingegen kaum berücksichtigt (vgl. Lüders/Rauschenbach 2001, S. 564 ff.).

Aktuell nimmt die Anzahl an Forschungen zu, die sich explizit mit der Perspektive von Adressat*innen beschäftigen (vgl. Graßhoff 2013, S. 9). Dies ist auch auf die dezidierte Kritik zurückzuführen, dass die Perspektive oder »Stimme der Adressaten« (Bitzan/Bolay/Thiersch 2006) zu wenig in sozialpädagogische Forschung Eingang finde. Den Forschungen ist ein relationales Adressat*innenverständnis zugrunde gelegt, das Adressat*innen in ihren Relationen zu Institutionen und den Interaktionen mit Professionellen der Sozialen Arbeit konzeptionalisiert (vgl. Bitzan 2016, S. 9).

Verbunden mit einer adressat*innenorientierten Forschung ist die analytische Verbindung von gesellschaftlichen Konstruktionen von Adressat*innen auf der einen Seite und dem Bedarf von Adressat*innen und deren Perspektive auf ihre Lebenssituation auf der anderen Seite (vgl. Bitzan/Bolay 2013, S. 37). Es geht dabei

stationärer Hilfen gerecht zu werden: »Der Begriff stationäre Erziehungshilfen markiert jedoch am deutlichsten, dass Heimerziehung heutzutage im Vergleich zu früher keine Monopolstellung mehr als ›die Hilfe‹ innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe innehat, sondern eine Hilfemöglichkeit unter vielen anderen darstellt« (Zeller 2016, S. 793). Für die Schweiz liegen keine systematischen Übersichten über Angebotsformen der stationären Erziehungshilfen vor. Schnurr hat eine Systematik entwickelt und schlägt folgende Begriffe im Bereich der ergänzenden Hilfen zur Erziehung vor: aufsuchende Familienarbeit, sozialpädagogische Familienbegleitung, Heimerziehung sowie Familienpflege (vgl. Schnurr 2012). Ich verwende im Folgenden die Begriffe stationäre Erziehungshilfe, stationäre Jugendhilfe sowie Heimerziehung, um auf die Vielfalt und Uneindeutigkeit der damit verbundenen Angebotsformen in der Schweiz aufmerksam zu machen.

insbesondere um die Frage der Passung institutioneller Erfahrungen im biographischen Verlauf: »Lebensgeschichtliche Erzählungen über Erfahrungen in sozialpädagogischen Kontexten offenbaren [...] individuelle Passungsverhältnisse zwischen Individuen und Institution« (Finkel 2013, S. 66). Hierbei stehen auch das Handeln der Adressat*innen im Zentrum sowie die Frage, inwiefern es durch sozialpädagogische Angebote gelingt, die Handlungsfähigkeit zu erhöhen bzw. auch wieder zu ermöglichen, und ob die Angebote an den Bedarfslagen anknüpfen (vgl. ebd., S. 53). Gleichzeitig sind damit auch eine normativ-emanzipatorische Dimension verbunden und ein Interesse an der Frage der Erhöhung der Handlungsfähigkeit von Adressat*innen (vgl. Bitzan/Bolay 2011, S. 42). Damit einher gehen insbesondere empirische Forschungen, die die Perspektiven von Adressat*innen einbeziehen: »Gleichsam sind die Grenzen in einem relational verstandenen Verständnis von Adressat_innen gegenüber anderen Forschungsschwerpunkten, wie zum Beispiel professions- oder institutionsbezogener Forschung, fließend« (Graßhoff 2015, S. 97).

Adressat*innenforschung spielt auch im Bereich der stationären Erziehungshilfen eine bedeutsame Rolle. Im Folgenden werden Forschungen vorgestellt, die sich mit der Perspektive von Adressat*innen oder den Konstruktionsprozessen von Adressat*innen in den Hilfen zur Erziehung beschäftigen.

Margarethe Finkel (2004) hat die Biographien von Mädchen in den Erziehungshilfen untersucht. Ihre Arbeit stellt eine der ersten Studien im Bereich Hilfen zur Erziehung dar, die sich dezidiert als Adressat*innenforschung ausgewiesen hat. Sie konstatierte für den Zeitpunkt ihrer Untersuchung, dass die Kategorie Geschlecht bislang in den Forschungen der Erziehungshilfe kaum Berücksichtigung gefunden habe (vgl. Finkel 2004, S. 19 ff.). In den Fallstudien wird deutlich, wie biographische Erfahrungen einen Einfluss auf die Nutzung der Angebote der Hilfen zur Erziehung haben. Gleichzeitig markiert Finkel auch Spannungsfelder zwischen Autonomie und Bedürftigkeit, in denen sich die jungen Frauen bewegen. Für die Hilfen zur Erziehung leitet sie aus ihrer Studie die Notwendigkeit ab, dass diese sich in Bezug auf Biographien noch deutlicher ihrer mitgestaltenden Rolle bewusst werden müssen. Weiterhin hebt sie das Potenzial hervor, das die Reflexion lebensgeschichtlicher Perspektiven für Angebote der Hilfen zur Erziehung bieten kann. In der Studie wird auch sichtbar, wie gesellschaftliche Normalitätserwartungen die Zukunftsentwürfe der jungen Frauen beeinflussen und hier auch genderbezogene Rollenerwartungen dominant sind (vgl. ebd., S. 309 ff.).

Auch Maren Zeller hat in der Untersuchung von Bildungsprozessen von jungen Frauen in den Erziehungshilfen einen biographischen Zugang gewählt (vgl. Zeller 2012). Als Ergebnis der Studie entwickelt sie ein Modell von Resonanz, das beschreibt, wie Bildungsprozesse durch institutionelle Arrangements behindert oder gefördert werden können. Bildung ergibt sich dabei im Zusammenspiel von biographischen Mustern und institutionellen Arrangements. Da diese jeweils im Wandel

sind, lassen sich – so das Ergebnis der Studie – keine eindeutigen Zusammenhänge rekonstruieren, wie Bildungsprozesse durch institutionelle Arrangements befördert werden können. Vielmehr ist dieses Verhältnis prozesshaft und durch Wandel geprägt. Sie plädiert mit dem Begriff der Resonanz dafür, starre Vorstellungen des Verhältnisses von Institution und Biographie zu hinterfragen, die mit dem Begriff der Passung verbunden sind. Hinsichtlich der Kategorie Geschlecht kommt Zeller zu dem Schluss, dass diese eine Kategorie neben anderen relevanten Kategorien ist (vgl. ebd., S. 203 ff.).

Von Langsdorff (2012) untersucht in ihrer Studie die Wege von jungen Frauen mit Migrationsgeschichte in die Hilfen zur Erziehung. Dabei geht sie der Frage nach, inwiefern intersektionale Wechselwirkungen auf diesem Weg relevant werden und welche Handlungsstrategien die Mädchen entwickeln. Sie arbeitet in ihrer Studie heraus, dass die Unterrepräsentanz von jungen Frauen mit Migrationsgeschichte in der stationären Jugendhilfe insbesondere darauf zurückzuführen sei, dass in den Kontakten mit dem Hilfesystem keine Angebote gemacht würden, die als Unterstützung von den jungen Frauen und ihren Familien wahrgenommen werden (vgl. von Langsdorff 2012, S. 195 ff.).

Neben diesen Forschungen, die eine explizite Adressat*innenperspektive einnehmen, gibt es Untersuchungen in den Hilfen zur Erziehung, die stärker auf die Konstruktionsprozesse von Adressat*innen durch institutionelle Prozesse und in Interaktionen fokussieren. Thieme (2013, S. 191 ff.) hat untersucht, wie Adressat*innen in der Kinder- und Jugendhilfe konstruiert werden mit Bezugnahme auf Kategorisierungen. Ihre Ergebnisse verweisen darauf, dass essenzialisierende Negativkategorisierungen der Adressat*innen vorgenommen werden, auf deren Basis Hilfebedarf konstruiert wird. Diese Befunde knüpfen auch an die Studie von Messmer und Hitzler (2011) an, die konversationsanalytisch Hilfeplangespräche untersucht haben. In den Analysen wird deutlich, wie Adressat*innen am Anfang von Hilfen mit Bezugnahme auf soziale Kategorisierungen als Hilfeempfänger*innen hervorgebracht werden, am Ende hingegen deklentifiziert werden (vgl. Messmer/Hitzler 2011, S. 783 ff.).

Empirische Studien zu Elternbildern in der Kinder- und Jugendhilfe zeigen auf, dass Pädagog*innen sich wenig von ihrem eigenen normativen (kleinbürgerlichen) Familienbild distanzieren und dies unreflektiert in die Arbeit mit Familien einfließt (vgl. Bauer/Wiezorek 2009, S. 173 ff.). Gleichzeitig finden Prozesse statt, in denen Familien in Diskursen des Kinderschutzes als vulnerabel konstruiert werden, worüber wiederum Normierungsprozesse und die Notwendigkeit staatlicher Eingriffe legitimiert werden. Mit dieser Konstruktion als vulnerable Familie gehen individualisierende Problematisierungen der Familie und eine De-Thematisierung von Ungleichheits- und Armutsverhältnissen einher (vgl. Bauer/Wiezorek 2016, S. 22 ff.). Gleichzeitig besteht eine latente Idealisierung einer ›familialisierten Kindheit‹ im Kontext von Fremdunterbringung (vgl. Pomey 2017).

In den bestehenden Forschungen der Hilfen zur Erziehung mit einem Adressat*innenbezug fällt auf, dass hier auf der einen Seite Forschungen bestehen, die explizit auf die Perspektive von Adressat*innen fokussieren. Auf der anderen Seite gibt es Forschungen, die stärker die Konstruktionsprozesse von Adressat*innen durch Professionelle und institutionelle Kontexte beleuchten. Hanses und Richter (2009, S. 66 f.) kritisieren, dass in Forschungen Institutionen und Subjekte bzw. Adressat*innen oftmals als Gegensatzpaare konzeptualisiert werden. Gleichzeitig werde dabei ein hierarchisches Verständnis zugrunde gelegt, in welchem Institutionen Subjekte determinieren. Dieses dichotome Verständnis kann mit biographischen Studien aufgebrochen werden, welche sichtbar machen, wie Adressat*innen auch organisationale Strukturen prägen: »So zeigen biographische Studien auf, wie der Zugang der NutzerInnen zu unterschiedlichen sozialen und gesundheitlichen Dienstleistungen entscheidend durch die biographischen Erfahrungen und Sinnhorizonte bestimmt ist« (Hanes 2010, S. 859). Biographieforschung stellt für Adressat*innenforschung in unterschiedlicher Hinsicht einen weiterführenden Zugang dar. So bietet Biographieforschung Hinweise zu Problemkonstellationen und Verlaufs- und Wandlungsprozessen, die zur Reflexion professioneller Praxis herangezogen werden können. Gleichzeitig ermöglichen biographische Zugänge Einblicke in Rahmungen durch Lebenswelten und gesellschaftliche Institutionen (vgl. ebd., S. 861 f.).

Mit der Wahl eines biographischen Zugangs in der vorliegenden Arbeit wird also ein Schwerpunkt auf die Adressat*innen gelegt. Gleichzeitig soll damit aber eine Perspektive eingenommen werden, welche die Verbindungen zwischen Adressat*innen, institutionellen Strukturen und gesellschaftlichen Verhältnissen fokussiert. Damit wird in den Strukturelementen der Sozialen Arbeit ein Schwerpunkt auf die Adressat*innen gelegt, wobei dennoch auch die anderen Ebenen mitberücksichtigt werden. Weiterhin konzentriert sich die vorliegende Forschung auf Subjektivierungsprozesse in der stationären Jugendhilfe. Damit einher geht auch das Anliegen, mit einem relationalen Verständnis von Adressat*innen »die Dichotomie Individuum/Institution aufzuheben und Prozesse von Subjektivierungsweisen in Bezug auf und innerhalb der Nutzung von Angeboten der Sozialen Arbeit als vielschichtige Prozesse der Selbstkonstitution aufzuzeigen« (Bitzan/Bolay 2013, S. 48). Bisher liegen für die Hilfen zur Erziehung noch keine Forschungen vor mit einer dezidierten Perspektive auf Subjektivierungsprozesse in den Institutionen der stationären Jugendhilfe. Welche Folgen Prozesse des Zur-Adressat*in-gemacht-Werdens aus Subjektperspektive im Kontext von Differenz- und Normalitätsverhältnissen haben, ist Gegenstand der vorliegenden Untersuchung.

1.2 Care-Leaver-Debatten in den Hilfen zur Erziehung

Der Begriff Care Leaver hat sich international etabliert für junge Menschen, die eine gewisse Zeit ihres Lebens in der stationären Erziehungshilfe oder in einer Pflegefamilie gelebt haben und sich im Übergang ins Erwachsenenalter befinden. Dabei wird in den Forschungen herausgestellt, dass Care Leaver im Vergleich zu ihren Peers international in vielen Lebensbereichen benachteiligt sind und es trotz großer Variationen der Hilfesysteme insgesamt nur unzureichende Unterstützungsangebote für Care Leaver gibt (vgl. Mendes/Snow 2016b; Refaeli 2019). Der Begriff Care Leaver wird auch in Selbstorganisationen und Netzwerken von Personen genutzt, die in einer Pflegefamilie oder in der stationären Jugendhilfe aufgewachsen sind. Exemplarisch können hier The Care Leavers' Association (o. J.) im Vereinigten Königreich, das Care Leavers Australasia Network in Australien und Neuseeland (o. J.), der Care Leaver e.V. Deutschland und neuerdings auch das Care Leaver Netzwerk in der Region Basel (o. J.) genannt werden. Dies deutet darauf hin, dass der Begriff Care Leaver nicht nur in fachliche Diskurse Eingang findet, sondern auch emanzipatorisch als Identitätskategorie und zur Selbstorganisation benutzt wird. Dabei sind die Formen von Initiativen und Selbstorganisationen heterogen und reichen von regionalen oder überregionalen Austauschtreffen über Seminarreihen bis hin zu trägerbezogenen Formen des Zusammenschlusses von Care Leavern (vgl. Arns/Mangold/Strunk 2018, S. 5). In Europa spielt das Vereinigte Königreich eine zentrale Rolle im Vorantreiben des wissenschaftlichen, fachlichen und politischen Diskurses rund um Care Leaver (vgl. Pinkerton 2012, S. 309 f.).

Zunächst fällt auf, dass mit der geläufigen Bezeichnung des Diskurses als Care-Leaver-Diskurs auf begrifflicher Ebene bereits eine Fokussierung auf die Subjekte, die Adressat*innen stattfindet. Gleichzeitig geraten thematisch die Übergänge aus der Hilfe in den Blick und damit Prozesse, in denen Adressat*innen nicht mehr Adressat*innen von Hilfe sind. In Bezug auf das oben skizzierte relationale Adressat*innenverständnis entsteht dadurch die Frage, was damit verbunden ist, nicht mehr Adressat*in eines Angebotes zu sein. Mit einem relationalen Verständnis von Care Leavern als ehemaligen Adressat*innen stellt sich auch die Frage, wie Agency als Handlungsmacht in den Übergangswegen aus der Jugendhilfe entstehen kann (vgl. Göbel et al. 2020).

Die Thematisierung von Übergängen aus der stationären Jugendhilfe und der Familienpflege ins Erwachsenenalter hat in den letzten Jahren auch in fachlichen Diskursen in der Schweiz zugenommen. Darauf verweisen u. a. eine zunehmende Zahl an Fachartikeln (bspw. Gabriel/Stohler 2008; Gabriel et al. 2013; Schaffner/Rein 2015; Rein 2018) oder auch Fachtagungen. Es ist zu beobachten, dass eine Bezugnahme auf internationale Debatten rund um Leaving-Care-Prozesse stattfindet. Die internationale Einbettung scheint weiterführend zu sein, um an bereits

bestehende Forschungsbefunde und fachliche Perspektiven anzuknüpfen und danach zu fragen, welche Bedeutung diese für die Schweiz haben.

In den Überlegungen zu Leaving Care wird im deutschsprachigen Raum in den Diskursen auch auf die veränderten Übergänge ins Erwachsenenalter hingewiesen (vgl. Köngeter/Schröer/Zeller 2012, S. 262 ff.). So wird auf der Basis von Befunden der Übergangsforschung und mit Bezugnahmen zum Konzept der Yoyo-Übergänge (vgl. Stauber/Walther 2002) begründet, dass das frühe Ende stationärer Angebote (mehrheitlich mit Erreichen der Volljährigkeit) nicht mit veränderten Bedingungen der Übergänge ins Erwachsenenalter in Einklang steht. Die Schweizer Längsschnittstudie TREE (>Transitionen von der Erstausbildung ins Erwerbsleben<) zu Übergangsverläufen in Ausbildung und Arbeit zeigt auf, dass der Normalvorstellung eines linearen Bildungsverlaufes zunehmend diskontinuierliche Verläufe gegenüberstehen (vgl. bspw. Scharenberg et al. 2014; Scharenberg et al. 2016). Auch eine Studie über junge Erwachsene in der Sozialhilfe hat auf die veränderten Übergänge in Arbeit hingewiesen (vgl. Schaffner 2007). Dabei besteht ein Zusammenhang zwischen Diskontinuitäten im Bildungs- und Ausbildungsverlauf und der Gefahr, das Bildungssystem vorzeitig und ohne Abschluss zu verlassen (vgl. Meyer 2016). Care Leaver gelten international als »Bildungsverlierer*innen« (vgl. Pothmann 2007, S. 179 ff.) und ihre Übergänge in Berufsbildung und Arbeit entsprechen oftmals nicht gesellschaftlichen Normalvorstellungen, was das Risiko gesellschaftlicher Exklusion für sie erhöht (vgl. Berridge 2012).

In Bezug auf die institutionellen Rahmungen der Übergänge aus der stationären Jugendhilfe in der Schweiz kann konstatiert werden, dass durch die föderale Struktur des Landes für das System der Kinder- und Jugendhilfe die Fragmentierung kennzeichnend ist (vgl. Schnurr 2017, S. 117). Es besteht eine Gewaltenteilung zwischen dem Bund, den 26 Kantonen sowie den 2255 Gemeinden. Weiterhin wird die Fragmentierung noch durch die Mehrsprachigkeit des Landes verstärkt (vgl. Bundeskanzlei 2017). In der Folge gibt es in der Schweiz kein nationales Kinder- und Jugendhilfegesetz. Die rechtlichen Grundlagen für Platzierungen von Kindern und Jugendlichen in der stationären Jugendhilfe oder Familienpflege finden sich in mehreren Bundesgesetzen (insbesondere Jugendstrafgesetz und Zivilgesetzbuch) sowie in einer Vielzahl von kantonalen Gesetzen und Verordnungen von Gemeinden. Die Verantwortung für das Leistungsangebot sowie die Organisation der Behörden werden auf kantonaler Ebene erbracht (vgl. Schnurr 2017, S. 117 ff.).

Für Prozesse des Leaving Care in der Schweiz folgt daraus, dass diese regional sehr unterschiedlich gerahmt sind. Für die Dauer der gewährten Hilfe in stationären Einrichtungen ist dabei u. a. ausschlaggebend, auf welcher Gesetzesgrundlage die Entscheidungen hinsichtlich der Unterbringung gefällt werden. Die Invalidenversicherung (IV), die keine Altersbegrenzungen für Hilfen definiert, oder das Jugendstrafgesetz (JStG) mit einer Altersgrenze von 25 Jahren bieten die längsten Platzierungsmöglichkeiten. Im Zusammenhang mit Kindeswohlgefährdung

schreibt das Kinderschutzgesetz (ZGB) hingegen in der Regel das Ende der Hilfe mit 18 Jahren fest (vgl. Schaffner/Rein 2015). Da es keine nationale Kinder- und Jugendhilfestatistik gibt, können keine Aussagen darüber getroffen werden, bis zu welchem Alter durchschnittlich Hilfen in Anspruch genommen werden (vgl. Schnurr 2012). Dies erschwert es, Aussagen darüber zu machen, wie sich Praxen der Hilfgewährung auch über 18 Jahre hinaus gestalten und wie lange junge Menschen durchschnittlich in der stationären Jugendhilfe bleiben.

Die in den unterschiedlichen Gesetzen sichtbar werdende starke Verknüpfung des Hilfeendes mit der Volljährigkeit erscheint vor dem Hintergrund des durchschnittlichen Auszugsalters von jungen Menschen zwischen 24 und 25 Jahren allerdings problematisch (vgl. Freymond 2016, S. 4 f.). In der Angebotsform ›Schulheim‹ erfolgt das Ende bereits mit dem Ende der obligatorischen Schulpflicht bereits vor der Volljährigkeit i. d. R. mit 16 Jahren (vgl. Schaffner/Rein 2015, S. 13 ff.). Hier zeigt sich, dass damit herausfordernde Übergänge für junge Erwachsene einhergehen. So ist der Übergang aus dem Schulheim gekoppelt mit einem Wohnübergang und oftmals auch mit Übergängen in Arbeit, was aus biographischer Perspektive eine große Anforderung darstellt (vgl. Schaffner/Rein 2013).

Die Befunde deuten also daraufhin, dass Care Leaver in der Schweiz ebenfalls benachteiligt sind. Dies ergibt sich zum einen durch die großen regionalen Unterschiede, was die Möglichkeiten der Inanspruchnahme von Hilfe anbelangt. Dabei scheinen auch ähnliche Themen wie in internationalen Diskursen virulent zu sein, die mit dem frühen Ende der Hilfe verbunden sind und der fehlenden Möglichkeit, nach erfolgtem Austritt nochmals Unterstützung durch das System der Jugendhilfe in Anspruch zu nehmen (vgl. Rein 2018).

Pinkerton (2012) weist in Bezug auf internationale Debatten um Leaving Care auch auf kritische Effekte der Internationalität hin, die er mit der Gefahr der Homogenisierung der unterschiedlichen wohlfahrtsstaatlichen Systeme begründet. So werde der Diskurs internationaler Forschungen stark durch das Vereinigte Königreich dominiert. Dabei werde aber zu wenig berücksichtigt, dass dort das System der Unterstützung für Care Leaver bereits sehr weit etabliert ist und daher die Diskurse auch nicht ohne Weiteres auf andere Systeme übertragbar sind. Diese Unterschiedlichkeit der Wohlfahrts- bzw. auch Jugendhilfesysteme und damit einhergehende Variationen finden Pinkerton zufolge in den internationalen Debatten zum Teil zu wenig systematische Berücksichtigung (vgl. Pinkerton 2012, S. 310). Er unterstreicht, dass der internationale Diskurs über Care Leaver durch die gute Vernetzung der Forscher*innen in Netzwerken wie im ›International Research Network on Transitions to Adulthood from Care‹ (INTRAC) oder auch im Rahmen von Kongressen dazu führe, dass hier zum Teil ähnliche Themen untersucht werden und im Vergleich der verschiedenen Forschungen in Reviews auch die Varianz der verschiedenen Systeme, Wohlfahrtsstaatssysteme, Familien-

vorstellungen oder auch Bildungs- und Ausbildungssysteme verloren gehe (vgl. ebd., S. 312 ff.).

Weiterhin fällt in den Diskussionen über Care Leaver national wie international auf, dass in der Verhandlung des Themas implizit die Gruppe der Care Leaver homogenisierend benutzt und dabei eine Subjektposition konstruiert wird, mit der problemorientierte Perspektiven einher gehen. Diesem Effekt wird im Folgenden nochmals genauer nachgegangen.

Zunächst einmal wird in den Diskussionen übergreifend mit Bezug auf die strukturellen Barrieren argumentiert, mit denen junge Menschen im Übergang aus der stationären Jugendhilfe ins Erwachsenenalter konfrontiert sind und die eine Gruppe mit speziellen Risiken der Exklusion hervorbringen (vgl. Stein/Munro 2008). In Studien und fachlichen Diskursen werden dabei Care Leaver mit einer Gruppe von Gleichaltrigen verglichen. In der Folge werden Care Leaver als ›andere Jugendliche‹ konstruiert, da sie begrifflich als eine Gruppe hergestellt werden, die sich von anderen Jugendlichen und jungen Erwachsenen unterscheidet. Mit dem in der postkolonialen Theorie entwickelten Konzept des Othering (vgl. Said 1978; Castro Varela/Dhawan 2015) kann festgehalten werden, dass die jungen Menschen, die in der stationären Jugendhilfe aufgewachsen sind, mit dieser gängigen Art der Bezeichnung und Perspektive in den internationalen Diskursen bereits als Andere konstruiert werden. Somit scheint darin eingelagert zu sein, dass so adressierte Jugendliche und junge Erwachsene nicht selbstverständlich dazugehören und ihre Übergänge ins Erwachsenenalter anders seien als die von den Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die implizit die Normalität repräsentieren und zu denen die Care Leaver nicht gehören.

In Care-Leaver-Diskursen wird dabei auch auf Differenzen von Care Leavern hingewiesen. Eine exemplarische Argumentation ist dabei:

»Care Leavers are not a homogeneous group, and have varied backgrounds and experiences in terms of the structure and capacity of their families, the type and extend of abuse or neglect, the age at which they enter care, their cultural and ethnic backgrounds, their in-care experiences, their developmental stage and needs when exiting care, the presence of special needs such as developmental disability or mental illness and the quantity and quality of supports available to them.«
(Mendes/Snow 2016a, S. xxxii)

In den hier aufgezählten Differenzen und Dimensionen von Diversität wird deutlich, dass diese eher auf individuelle Unterschiede und zugeschriebene Merkmale fokussiert sind, die zu unterschiedlichen Erfahrungen führen. So wird hier bspw. auf Entwicklungsverläufe, einen speziellen Unterstützungsbedarf aufgrund von familiären Erfahrungen oder zugeschriebene psychische Erkrankungen hingewiesen.

Differenz- und Ungleichheitsverhältnisse wie Rassismus, Sexismus oder Ableismus strukturieren die Übergänge ins Erwachsenenalter in der Schweiz (vgl. Haberlin/Imdorf/Kronig 2004; Imdorf 2008; Seibert/Hupka-Brunner/Imdorf 2009; Imdorf 2010; Sacchi et al. 2011; Imdorf 2014; Zimmermann/Seiler 2019). Es gibt dabei auch Hinweise, dass im Kontext von Jugendhilfeangeboten ebenfalls Differenzen hervorgebracht werden, wenn bspw. »Behinderungen« diagnostiziert werden, um Angebote oder Anschlusslösungen für Adressat*innen der Jugendhilfe bereithalten zu können (vgl. Rein 2016a, 2016b). Diese Befunde verweisen darauf, dass Prozesse des Leaving Care neben den Herausforderungen, die mit den Übergängen aus der stationären Jugendhilfe verbunden sind, noch durch weitere Macht- und Ungleichheitsverhältnisse strukturiert werden.

Der renommierte Care-Leaver-Forscher Mike Stein (2012) teilt auf der Basis von internationalen Studien zwischen 1980 und 2012 Care Leaver in drei Gruppen ein (vgl. Stein 2012, S. 170 ff.). Die erste Gruppe nennt er »moving on-group«, die sich durch Resilienz auszeichnet. Die Care Leaver in dieser Gruppe konnten insgesamt positive Erfahrungen in der Hilfe machen und es gelingt ihnen, bestehende Unterstützungsangebote nach der stationären Jugendhilfe zu nutzen. Die zweite Gruppe, die sogenannten »survivors«, zeichnen sich dadurch aus, dass sie insgesamt mehr Instabilität und Diskontinuität in ihrer Biographie erfahren haben. In ihrem Übergang aus der stationären Jugendhilfe sind sie mit mehr Herausforderungen konfrontiert als die erste Gruppe und sie müssen stark mit Problemen kämpfen, die sich ihnen in ihrem Übergang ins Erwachsenenalter stellen. Sie bleiben dabei auch zum Teil in Bereichen ihres Lebens abhängig von Unterstützung. Die dritte Gruppe bezeichnet er als »struggler«. Diese Gruppe ist am stärksten von Benachteiligung betroffen, und die jungen Menschen hatten oftmals auch sehr belastende Erfahrungen vor der Hilfe. Er beschreibt ihre Übergänge ins Erwachsenenalter als brüchig und sieht bei ihnen soziale und emotionale Defizite. Insgesamt sind in dieser Einteilung aber die Gruppen nicht starr zu verstehen. Das Anliegen der Einteilung und der Beschreibungen der Gruppen ist die Frage, wie Care Leaver möglichst gut in ihrer Resilienz gefördert werden können (vgl. ebd., S. 172 ff.).

Im Vergleich dieser unterschiedlichen Formen der Kategorisierungen von Care Leavern wird deutlich, dass hier insbesondere individualisierte Betrachtungsweisen stark im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen. Obwohl zwar in der Beschreibung der Gruppen von Stein (2012) auch Bezug genommen wird auf die Erfahrungen und strukturellen Barrieren von Care Leavern, werden die jungen Menschen in Gruppen eingeteilt und ihr individuelles Vorankommen und ihr Handeln bewertet. In den oben aufgeführten Differenzierungen von Care Leavern stehen dabei auch eher individuelle Merkmale im Zentrum als strukturelle Differenzverhältnisse. Mit der Argumentation, dass auf der Grundlage dieser Unterscheidungen Wissen über die Resilienz von Care Leavern herausgearbeitet werden soll, ist die Gefahr verbunden, die strukturellen Barrieren aus dem Blick zu verlieren. Vielmehr gerät

dadurch die Frage ins Zentrum, wie die Individuen gestärkt werden können im Umgang mit den Barrieren.

Zusammenfassend wird deutlich, dass in den dargelegten Diskursen eher auf Care Leaver als eine homogene Gruppe und weniger auf deren individuelle Fähigkeiten oder eben Belastungen fokussiert wird. Auf die Unterschiedlichkeit der Gruppe der Care Leaver wird zwar in den Diskussionen rund um Care Leaver immer wieder hingewiesen. In den Diskussionen und Studien hingegen wird aber diese Unterschiedlichkeit zum Teil zugunsten einer homogenisierenden Sprechweise über ›die‹ Care Leaver aufgegeben. Dabei wird insgesamt kaum eine macht- und ungleichheitstheoretische dekonstruierende Perspektive in den Diskursen über Care Leaver sichtbar. Dieses Verständnis liegt der vorliegenden Untersuchung zugrunde und wird in Kap. 2.4 entfaltet.

Diese Kritik an Kategorisierungen von Care Leavern, die an individuellen Fähigkeiten festgemacht wird, soll im Folgenden noch mit Überlegungen der Disability Studies unterstrichen werden. In den Disability Studies gibt es vielfältige Auseinandersetzungen darüber, was unter dem Begriff der ›Behinderung‹ zu fassen sei. Im sozialen Modell von Behinderung wird Behinderung als sozial hervorgebracht verstanden: »Das soziale Behinderungsmodell postuliert eine Dichotomie zwischen den zwei Ebenen des Behinderungsprozesses, der medizinisch oder psychologisch diagnostizierbaren Beeinträchtigung oder Schädigung (impairment) und der daraus resultierenden sozialen Benachteiligung (disability)« (Waldschmidt 2007, S. 57). In dieser Unterscheidung werden also einerseits feststellbare ›impairments‹ bestimmt und dabei dann die Folgen der Behinderung als sozial und institutionell hervorgebracht. An diesem Modell und der damit verbundenen Unterscheidung wird andererseits aber mit Bezugnahme auf Foucault eine starke Kritik geübt, da hier objektive Schädigungen an Körpern den sozialen Prozessen gegenübergestellt werden. In der Folge werden die Differenzen naturalisiert, was verschleiert, dass diese vermeintlich ›natürlichen‹ Differenzen auch Konstruktionen sind, die abhängig sind von historischen Machtverhältnissen (vgl. ebd., S. 57 ff.).

Aus diesen Überlegungen lässt sich für die Thematik der Care Leaver ableiten, dass zum einen mit der Bezugnahme auf ›Merkmale‹, die in den Studien zur Differenzierung der Gruppe herangezogen werden, die Gefahr besteht, diese diagnostizierbaren Merkmale zu naturalisieren. Zum anderen kann dadurch auch aus dem Blick geraten, was gesellschaftlich und institutionell an Bedingungen besteht, die den unterschiedlichen ›Merkmalen‹ überhaupt erst Bedeutung beimessen. Hier gibt es auch Hinweise darauf, dass die stationäre Kinder- und Jugendhilfe an der Herstellung von folgenreichen Differenzen mitbeteiligt ist. Damit besteht die Gefahr, aus dem Blick zu verlieren, dass Differenzziehungen und die darin zugrunde gelegten medizinisch oder psychologisch diagnostizierbaren Beeinträchtigungen gesellschaftlich hervorgebracht sind. Die Folge kann eine Überbeto-

nung von Merkmalen von Subjekten auf naturalisierende Art und Weise sein, die eine De-Thematisierung von Machtverhältnissen mit sich bringt. Wie Differenz- und Ungleichheitsverhältnisse in der Sozialen Arbeit thematisiert werden und welche Schlussfolgerungen daraus für die vorliegende Untersuchung gezogen werden können, ist Gegenstand des folgenden Kapitels.

1.3 Zur Thematisierung von Differenz- und Ungleichheitsverhältnissen in der Sozialen Arbeit

Die Thematisierung von Differenz- und Ungleichheitsverhältnissen in der Sozialen Arbeit ist Veränderungen unterworfen, gleichzeitig spielen Differenzen und Differenzverhältnisse eine zentrale Rolle: »Die Thematik ist *grundlegend*, weil die Thematisierung von Differenz(en) – in Form von Armut, Desintegration oder abweichendem Verhalten – überhaupt erst den Katalysator bereitgestellt hat für die institutionelle Etablierung Sozialer Arbeit« (Kessl/Plößer 2010, S. 7, Herv. i. O.). Gleichzeitig steht die Frage nach sozialer Ungleichheit und sozialer Gerechtigkeit von jeher im Fokus Sozialer Arbeit (vgl. Böhnisch/Schröer/Thiersch 2005, S. 247 ff.). So wird im Ansatz der Lebensweltorientierung proklamiert: »Das Konzept Lebensweltorientierung ist so gesehen ein Zugang, soziale Gerechtigkeit in den neuen sozialpolitischen Aufgaben der Hilfe und Unterstützung in den heutigen lebensweltlichen Bedingungen zu realisieren« (Grunwald/Thiersch 2004, S. 16). Trotz des Anspruches, soziale Gerechtigkeit zu realisieren, haben in den fachlichen Perspektiven Sozialer Arbeit das Thema und die Reflexion von Differenz- und Ungleichheitsverhältnissen für lange Zeit keine große Rolle gespielt (vgl. Leiprecht 2011a, S. 19 f.). Leiprecht rekonstruiert die Thematisierungen und De-Thematisierung von verschiedenen Differenzlinien in der Entwicklung Sozialer Arbeit und kommt zu dem Schluss, dass hier insbesondere Klassenverhältnisse lange im Zentrum der Theoriediskurse standen und andere Differenzverhältnisse bis in die 1990er-Jahren aus den Theoriediskursen eher ausgeklammert wurden (vgl. ebd.). Im weiteren Verlauf wurden dann Differenzen zwar aufgegriffen und es entwickelten sich differenzbezogene Ansätze rund um die Themen Gender, Migration oder auch Behinderung. Mecheril und Plößer weisen aber darauf hin, dass mit der Fokussierung auf eine Differenzkategorie immer potenziell andere de-thematisiert und ausgeblendet werden (vgl. Mecheril/Plößer 2011, S. 280). Seit ungefähr 2008 ist eine verstärkte Thematisierung von verschiedenen Differenzverhältnissen und deren Überlagerungen in der Sozialen Arbeit zu beobachten, was sich an zahlreichen Veröffentlichungen zu Diversity oder auch Intersektionalität festmachen lässt (bspw. Leiprecht 2008; Riegel 2012a; von Langsdorff 2012; Widersprüche 2012; von Langsdorff 2014). Aktuell ist allerdings zu beobachten, dass die Thematisierung von Diversity oder auch Intersektionalität in der Sozialen Arbeit bereits wieder nachgelassen hat.

Mit Bezugnahme auf Normalitätsvorstellungen wird begründet, wer überhaupt Zugang zu Sozialer Arbeit erhält. Hierbei spielen Differenzkonstruktionen eine zentrale Rolle für die Perspektive auf Problemkonstruktionen und die Markierung von Personen oder Gruppen, die Unterstützung benötigen. In der Betrachtung der Entwicklung der Diskurse um Differenzen und Differenzverhältnisse wird deutlich, wie stark diese wirkmächtigen Problemkonstruktionen und damit einher gehende Kategorisierungen einem Wandel unterworfen sind. Eine diversitätsbewusste Soziale Arbeit stellt eine Antwort dar für einen differenz- und ungleichheitssensiblen Umgang mit Differenzen (vgl. Leiprecht 2008). Dabei unterscheiden sich Diversity-Ansätze durchaus in ihren theoretischen Bezügen und Implikationen sowie den jeweiligen Zielsetzungen und reichen von (eher kulturalisierendem) ›Vielfalt anerkennen und zelebrieren‹ über ›Empowerment von marginalisierten bzw. diskriminierten Gruppen‹ oder ›Benachteiligungen und Diskriminierungen thematisieren und beseitigen‹ bis hin zu einer grundsätzlichen ›Kritik an gesellschaftlichen Macht- und Ungleichheitsverhältnissen‹. Als zentrale Prämissen, die in den unterschiedlichen Strömungen vorhanden sind, identifiziert Walgenbach die Bezugnahme auf soziale Gruppenmerkmale, einen Fokus auf die organisationale Ebene sowie eine positive Bezugnahme und Anerkennung von Ressourcen (vgl. Walgenbach 2014, S. 107 ff.). Mecheril und Plößer (2011, S. 282 ff.) benennen drei Hauptlinien von diversitätsbezogenen Ansätzen: Diversity als Anti-Diskriminierungsansatz, Diversity als Anerkennungsansatz und Diversity als Ressourcenansatz. Walgenbach unterscheidet ›affirmative Diversity-Management-Ansätze‹ und ›machtsensible Diversity-Ansätze‹, hebt aber hervor, dass es zwischen beiden Strömungen durchaus auch Überschneidungen gebe (vgl. Walgenbach 2014, S. 102). Leiprecht versteht diversitätsbewusste Soziale Arbeit im Sinne einer »Dachkonstruktion zur Orientierung, deren tragende Säulen die Perspektive der Antidiskriminierung, die Intersektionalität und die Subjektorientierung sind« (Leiprecht 2011b, S. 40). In dieser Perspektive sind die Macht- und Ungleichheitsverhältnisse explizit benannt und enthalten. Als Orientierung verstanden bietet so ein Konzept von Diversität bzw. Diversity das Potenzial für eine ungleichheitskritische pädagogische Haltung. Diversity zielt dabei auf Vielfalt und Diskriminierung entlang von Differenzkonstruktionen, wie z. B. Geschlecht, ›race‹/Ethnizität, Klasse, Körper, Generation. Damit bekommt also nicht nur das Thema der Differenzen Aufmerksamkeit, sondern es wird darin auch ein Verständnis sichtbar, das auf die Überlagerung von verschiedenen Differenzverhältnissen fokussiert.

Die Thematisierung von Differenzen in Diversity-Ansätzen kann kritisch auch als eine Form der Unterwerfung unter eine kapitalistische Logik der Anerkennung von Differenzen mit dem Ziel der ökonomischen Verwertung verstanden werden. Gleichzeitig ist mit Diversity auch immer die Gefahr verbunden, Menschen als Andere festzuschreiben, was auf die Widersprüchlichkeit des Konzeptes verweist:

»Das Selbst ist ohne das *Andere* nicht denkbar, weswegen es dilemmatisch bleibt, Diversity als *Raum des Anderen* zu zelebrieren, ohne die Prozesse des *Othering* selbst in Augenschein zu nehmen. Beim Versuch allerdings, *Othering* sichtbar und begreifbar zu machen, ist die kritische Stimme selber der Gefahr ausgesetzt, *Othering* zu reproduzieren.« (Castro Varela 2010, S. 257, Herv. i. O.)

Riegel hat sich mit den Widersprüchlichkeiten von pädagogischem Handeln in ihrer Studie zu »Bildung – Intersektionalität – Othering« (2016a) theoretisch und empirisch beschäftigt. Widersprüchlichkeiten ergeben sich zunächst auch durch das doppelte Mandat von Sozialer Arbeit zwischen Hilfe und Kontrolle (vgl. Riegel 2016a, S. 109 f.). Differenzen werden als Begründung für die Notwendigkeit sozialpädagogischer Angebote herangezogen. In diesem Sinne begründen sich also sozialpädagogische Angebote und sozialpädagogisches Handeln durch die Bezugnahmen auf Differenzen. Gleichzeitig gehört es zur Aufgabe sozialpädagogischer Interventionen, ihre Adressat*innen an Normalität anzupassen. Sozialpädagogik ist somit immer an der Reproduktion vorherrschender Vorstellungen von Normalität mitbeteiligt.

Eine weitere Widersprüchlichkeit im Umgang mit Differenzen ergibt sich hinsichtlich der Pole zwischen einer Thematisierung und der De-Thematisierung von Differenzen. Mit einer Thematisierung kann einerseits Empowerment verbunden sein; so liegt »in der Benennung von Differenz ein emanzipatorisches Potential des Zusammenschlusses von ›Gleichen‹« (ebd., S. 110). Gleichzeitig besteht dabei aber die Gefahr der Homogenisierung. Andererseits ist aber auch eine De-Thematisierung von Differenzen mit Gefahren verbunden, da so potenziell auch ungleiche Lebenslagen unbenannt bleiben (vgl. ebd., S. 111 ff.). Zuletzt zeigt die Studie von Riegel auf, dass auch in pädagogischen Praxen, die sich explizit für einen differenzsensiblen Zugang stark machen, dennoch vorherrschende Ungleichheitsverhältnisse reproduziert werden und Prozesse des *Othering* in die pädagogischen Diskurse und Praktiken Eingang finden (vgl. ebd., S. 310 ff.). Diese Ausführungen verdeutlichen, dass für die Frage nach Differenzverhältnissen im Feld der Hilfen zur Erziehung aus biographischer Perspektive widersprüchliche Verhältnisse als Rahmung für die Biographien bestehen.

So wird auf der Grundlage von Differenzkonstruktionen abweichendes Verhalten von Menschen oder auch ganzen Gruppen markiert, die eine Intervention durch die Soziale Arbeit begründen (vgl. Kessl/Plößler 2010, S. 7). Die Bezugnahme auf Normen und Differenzen durch die Soziale Arbeit zur Begründung ihrer Interventionen ist laufend Veränderungen unterworfen. Dabei ändert sich auch die Frage, auf welchen Notstand oder welche Problemkonstruktion durch Sozialpolitik reagiert wird (vgl. Maurer 2001, S. 126). Gisela Hauss zeigt in ihren Arbeiten auf, wie die Geschichte der Heimerziehung in der Schweiz eng mit Konstruktionen von Kindheit verbunden ist und wie diese mit normativen Vorstellungen von

Familie einhergehen, die ebenfalls einem Wandel unterzogen sind (vgl. Hauss 2017, S. 179 ff.).

Soziale Arbeit agiert somit in gesellschaftlichen Verhältnissen, die in vielfältiger Weise durch soziale Differenzen, Grenzziehungen, Diskriminierungen und soziale Ungleichheiten geprägt sind: Ihre Rahmenbedingungen, ihre Aufgaben und Handlungsfelder werden durch diverse – zwar zu unterscheidende, aber dennoch nicht unabhängig voneinander wirkende – Macht- und Herrschaftsverhältnisse strukturiert (vgl. Rein/Riegel 2015). Soziale Differenzen bzw. Differenzlinien stellen zum einen Ordnungsmuster dar, »entlang derer Individuen sozial positioniert werden bzw. sich selber entlang dieser Kategorien positionieren« (Mecheril/Plöber 2011, S. 281). Diese Positionierungen und Verhältnisse strukturieren die Möglichkeitsräume der Adressat*innen und der Professionellen in ihrem pädagogischen Tun. Zum anderen trägt auch die Soziale Arbeit selbst in ihrer Organisation, ihrem Selbstverständnis, in Fach- und Alltagsdiskursen sowie in der sozialen Praxis zu Prozessen der Differenzierung, der Grenzziehung und Normalisierung (vgl. Maurer 2001; Kessl/Maurer 2010) bei und somit auch zu einer Reproduktion von gesellschaftlichen Dominanz- und Ungleichheitsverhältnissen.

Eine Frage, die für die vorliegende Studie entsteht, ist, wie Differenzverhältnisse und Normalitätsvorstellungen in Institutionen aus biographischer Perspektive erlebt werden und wie diese das Aufwachsen rahmen. Im Kontext von Schule liegen Studien vor, die Differenzverhältnisse im institutionellen Kontext der Schule aus einer biographischen Perspektive näher beleuchten. So hat Kleiner (2015) sich in ihrer Studie »subjekt. heteronormativität. bildung.« damit beschäftigt, wie Subjektbildung im Kontext von heteronormativen² Ordnungen in Schulen von Jugendlichen erlebt wird, die sich als LGBTQ identifizieren. Mit Bezug auf Judith Butler geht sie der Frage nach, wie in alltäglichen Praktiken in der Schule und in Interaktionen geschlechtliche und sexuelle Subjekte hervorgebracht werden. Mit einer machttheoretischen Perspektive arbeitet sie die Folgen homophober Anrufungen von Schüler*innen heraus, die nicht heterosexuell begehren oder nicht bipolaren Geschlechternormen entsprechen. Dabei fokussiert Kleiner auch auf damit verbundene Umgangsstrategien. Die Institution der Schule fasst sie mit einer dekonstruktiven Perspektive als performativen Diskursraum: »Schule ist nicht nur ein Ort des Lernens und der formalen Bildung, sondern auch ein Raum, in dem Normalitätsvorstellungen und normkonforme Verhaltensweisen reproduziert und

2 Mit dem Begriff der Heteronormativität wird eine Form der Naturalisierung und Privilegierung von Heterosexualität verstanden. Damit einher geht eine gesellschaftliche Ordnung von körperlich und sozial klar voneinander unterschiedenen Geschlechtern, deren sexuelles Begehren immer auf das jeweils andere Geschlecht fokussiert ist (vgl. Wagenknecht 2004). Der Begriff steht in Verbindung mit der von Judith Butler eingeführten heterosexuellen Matrix als dem »Raster kultureller Intelligibilität, durch das die Körper, Geschlechter und Begehrensstrukturen naturalisiert werden« (Butler 1991, S. 219, FN 216).

verhandelt werden« (Kleiner 2016, S. 14). Institutionen wie die Schule sind mit dieser Perspektive Orte, an denen Normalitätsvorstellungen verhandelt werden. Dieser Gedanke ist auf die vorliegende Untersuchung anwendbar. Für die stationäre Jugendhilfe liegen bislang keine Studien vor, die mit explizit dekonstruktiver und poststrukturalistischer Perspektive die Institution der stationären Jugendhilfe als performativen Diskursraum verstehen, an dem Normalitätsordnungen reproduziert und Subjekte entlang dieser Ordnungen hervorgebracht werden. Die vorliegende Studie soll hierzu einen Beitrag leisten. Weiterhin wird deutlich, wie eng Differenzverhältnisse mit Normalitätsordnungen zusammenhängen.

1.4 Normalität und Normalisierung in der Sozialen Arbeit

Die Studie von Jürgen Link (1996) zum Normalismus wird in den Diskussionen über Normalität vielfach rezipiert. Er versteht Normalismus »als ein Netz von Dispositiven [...], durch das in ›modernen‹ Gesellschaften okzidental Typs seit mehr als zwei Jahrhunderten ›Normalitäten‹ produziert und reproduziert werden« (Link 2008, S. 59). Normalität durchdringt dabei beinahe alle Gesellschaftsbereiche, worüber Kontrolle und Regulation ausgeübt werden. In seiner diskursanalytischen Beschäftigung zeigt er auf, dass Normalität nicht eine menschliche Konstante ist, sondern eng im Zusammenhang mit modernen Gesellschaften steht (vgl. Link 1996, S. 15 ff.). Dabei unterscheidet er Normalität von Normativität, in der die moralischen Grundsätze einer Gesellschaft verankert sind. Geänderte Normalitäten verstanden als statistische Normalitäten führen dabei aber nicht immer zu Veränderungen von normativen Ordnungen und sind daher begrifflich zu unterscheiden (vgl. ebd., S. 23 ff.). Normativität als normative Orientierung löst in diesem Verständnis Ideologie als Orientierung in westlichen Gesellschaften ab (vgl. ebd., S. 81 ff.).

Dausien und Mecheril kritisieren diese Dualität bei Link zwischen Ideologie und Normalität bzw. Normativität und weisen darauf hin, dass Ideologien nach wie vor auch in sogenannten ›westlichen‹ Gesellschaften relevant sind. Sie begründen das u. a. mit der aktuell vorherrschenden Notwendigkeit, dass Subjekte Biographie- und Identitätsarbeit zu leisten haben. Dies kann aus ihrer Sicht »nur im Zusammenhang von ideologischen Diskursen verstanden werden, die diese Selbst-Praxen kontextualisieren, sozial legitimieren und gewissermaßen verwirklichen« (Dausien/Mecheril 2006, S. 163).

Mit dem Normalismus geht es Link um die Analyse einer normalistischen Gesellschaftsstruktur, wobei er auch auf die produktive Dimension dieses gesellschaftlichen Modells fokussiert. Die Kontrolle und Regulation sind in Verfahrensweisen festgehalten, mit denen bestimmt wird, was noch als ›normal‹ gilt und was als ›abweichend‹ markiert wird. Link unterscheidet zwei Strategien von

Normalismus: zum einen eine protonormalistische und zum anderen eine flexibel-normalistische Form der Grenzziehung (vgl. Link 1996, S. 77 ff.). Diese beiden Strategien lassen sich nicht trennscharf voneinander abgrenzen und gehen ineinander über. Die protonormalistische Form schreibt rigide Grenzen der Normalität vor und definiert damit klare Zonen von Normalität in einem vergleichsweise engen Korridor, der an soziale und ethische Normen gebunden ist. Diese Norm ist dabei starr und nicht verhandelbar und Subjekte werden als Regierungsmodi auf eine Erfüllung von Normen hingeführt (vgl. Link 2008, S. 65 f.). Verbunden mit der flexibel-normalistischen Strategie hingegen sind weite Grenzen. Im flexibel-normalistischen Konzept ist Normalität einem Prozess unterworfen. Das, was heute als normal gilt, kann bereits morgen als abweichend markiert werden. Auch wenn die Grenzen zwischen Normalität und Nicht-Normalität fließend sind und laufend neu bestimmt werden, ist dennoch auch im flexiblen Normalismus eine Grenzziehung zwischen normal und nicht normal vorhanden. Im flexiblen Normalismus wird die Verantwortung für die Einhaltung der Normen den Subjekten übertragen; in dieser Regierungsform erhalten die Modi der Selbststeuerung zugunsten einer Fremdsteuerung durch bspw. Institutionen eine größere Bedeutung (vgl. ebd., S. 67 f.).

Damit verbunden sind Formen der Subjektivierung auf der Basis von Normalitätsordnungen: »Normalität ist eine Ordnung, die das Individuum justiert und ihm jene Selbstjustierung (ganz ›natürlich‹) aufnötigt, in der es sich in ein Subjekt verwandelt, handlungsfähig und unterworfen in einem Atemzug« (Dausien/Mecheril 2006, S. 163). Hier wird deutlich, wie Fragen der Normalität eng verwoben sind mit der Subjektbildung. Für die Untersuchung von Biographien im Kontext von stationärer Jugendhilfe folgt daraus eine Perspektive, die sensibilisiert ist für die Verwobenheit und Abhängigkeit der befragten Subjekte mit verschiedenen Normalitätsordnungen.

Neben dieser Frage der Verwobenheit von Subjekten mit Normalitätsordnungen spielt die Frage der Normalität auch in der Sozialen Arbeit eine Rolle. So hat sich Soziale Arbeit im Laufe ihrer Entwicklung als Instanz zum Schutze gesellschaftlicher Normalitätsstandards etabliert (vgl. Olk/Otto 1987, S. 11). Dabei zeigt sich aber in einer theoriegeschichtlichen Rekonstruktion Sozialer Arbeit, dass von einer vormals stark ausschließlich normativen Orientierung durch die kritische und empirische Wende ab den 1960er-Jahren eine Bedeutungsverschiebung stattgefunden hat hin zur Thematisierung Sozialer Arbeit als Institution sozialer Kontrolle. In der Folge haben die Begriffe der Norm und Normalität an Bedeutung gewonnen (vgl. Seelmeyer 2017, S. 29). Thomas Olk verweist auf die funktionale Bestimmung Sozialer Arbeit als »Normalisierungsarbeit« (Olk 1986, S. 12).

Auch Seelmeyer (2008) arbeitet heraus, dass Normalität und Normalisierung fest mit der Sozialen Arbeit verknüpft sind und zu deren Schlüsselementen gehören. Er sieht drei unterschiedliche Nutzungsweisen der Begriffe Normalität und

Normalisierung in der Sozialen Arbeit. Zunächst bietet Normalität eine Orientierung für erwünschte Praxen der Lebensführung der Adressat*innen Sozialer Arbeit. Als zweites wird damit auf einer konzeptionellen Ebene das Prinzip von alltagsnahen Angeboten gemeint, die sich an den lebensweltlichen Bezügen ihrer Adressat*innen orientieren. Mit dieser Strategie soll verhindert werden, dass aufgrund der Inanspruchnahme von Hilfe ein Ausschluss der Adressat*innen von Normalität entsteht. Zuletzt ist damit noch die Normalisierung von Sozialer Arbeit als Profession gemeint, also die zunehmende Etablierung als Disziplin und Profession (vgl. Seelmeyer 2008, S. 15 ff.).

Seelmeyer kommt zu dem Schluss, dass der Begriff der Normalität daher aktuell zentral für die Bestimmung der Aufgaben Sozialer Arbeit ist. Normalität wird dabei aber in sozialwissenschaftlichen Zusammenhängen mit unterschiedlichen Inhalten gefüllt. Zum einen gibt es einen weiten Normalitätsbegriff, der Normalität im Sinne von Selbstverständlichkeit untersucht und sich darauf konzentriert, »wie Individuen in ihren Interaktionen Normalität herstellen« (Seelmeyer 2017, S. 26). Zum anderen wird mit einer engen Begriffsdefinition von Normalität selbige auf struktureller Ebene analysiert. Dabei wird auf statistische Verteilungen »von Merkmalen und Handlungsweisen von Individuen fokussiert« (ebd.), und in diesem Verständnis entsteht dann eine Differenz zwischen dem Normalen und der Ebene der Normativität. Dieses Verständnis von Normalität ist vergleichbar mit den oben dargestellten Überlegungen von Link (1996).

In aktuellen Diskursen wird auf das Spannungsfeld Sozialer Arbeit verwiesen zwischen »Normalitätsermöglichung und Normalisierung« (Kessl/Plößler 2010, S. 7). Aktuell wird die Frage um Normalität und Normalisierung viel mit Bezug auf Foucault diskutiert und bearbeitet. Diese Reflexion von Normalisierung als eine Strategie der Gouvernementalität Sozialer Arbeit, in deren Folge Subjekte regiert und normalisiert werden, hat in den letzten Jahren erhöhte Aufmerksamkeit erfahren (vgl. Seelmeyer/Kutscher 2011, S. 1126 f.).

In den Hilfen zur Erziehung hat sich Daniela Reimer in ihrer Studie mit den Normalitätskonstruktionen von Pflegekindern aus einer biographischen Perspektive beschäftigt (vgl. Reimer 2017). Ausgangslage der Untersuchung ist der Befund, dass das Aufwachsen in einer Pflegefamilie außerhalb von normativen Vorstellungen des Aufwachsens in einer leiblichen Familie stattfindet, was zu Bewältigungsanforderungen bei Pflegekindern führt. Das Interesse der Autorin ist es herauszuarbeiten, wie Jugendliche und junge Erwachsene mit dieser Abweichung ihres Aufwachsens biographisch umgehen.

Der Studie liegt ein Konzept von Normalitätsbalance zugrunde, das sich auf das Verhältnis zwischen einem Menschen sowie seinen Zielen und biographischen Wünschen einerseits und den gesellschaftlichen Normalitätserwartungen andererseits bezieht. Das Verständnis von Normalität basiert auf der Normalismustheorie von Link (vgl. ebd., S. 60 ff.). Auf der Grundlage der Grounded Theory arbeitet Rei-

mer vier Typen von Normalitätskonstruktionen und Normalitätsbalance bei Pflegekindern heraus (vgl. ebd., S. 379 ff.). Die Autorin kommt zu dem Schluss, dass es für Pflegekinder erhöhter Anstrengungen bedarf, Normalität aufrechtzuerhalten und für sich in Anspruch zu nehmen. Als Konsequenz aus ihrer Studie für Angebote für Pflegekinder leitet sie die Notwendigkeit ab, »der Komplexität von Normalitätsprozessen bei Pflegekindern gerecht [zu] werden und Pflegekinder darin unterstützen [zu] können, die chancenreichen Konsequenzen der Normalitätskonstruktionen und -balancen weiter auszubauen« (ebd., S. 389).

Die vorliegende Untersuchung knüpft zum Teil an die Studie von Reimer an. Insbesondere hinsichtlich der Frage des Aufwachsens außerhalb der leiblichen Herkunftsfamilie sind Pflegefamilien und die stationäre Jugendhilfe vergleichbar, und mit beiden Aufwachskontexten sind Abweichungen von Normalität verbunden. Allerdings bieten Pflegefamilien, wie auch in der Studie von Reimer deutlich wird, noch eher die Möglichkeit, das Setting stärker an hegemoniale Vorstellungen von Familie anzulehnen. Weiterhin verbindet das in der vorliegenden Studie zugrunde gelegte Verständnis von Normalität die Frage nach Normalität noch stärker mit Differenzverhältnissen und den damit verbundenen Grenzziehungsprozessen zwischen Normalität und Abweichung, die mit Macht- und Ungleichheitsverhältnissen wie bspw. Rassismus verbunden sind (vgl. Dausien/Mecheril 2006; Mecheril 2007).

In der europäischen Übergangsforschung hat sich Andreas Walther im Vergleich verschiedener Übergangssysteme mit den unterschiedlichen Normalitäten der Logik und Steuerung der Übergangssysteme beschäftigt und mit der Frage, wie Pädagogik hier involviert ist. Diese Perspektive macht deutlich, dass Übergänge aus der stationären Jugendhilfe immer auch eingebunden sind in Normalitätsvorstellungen von Übergangsverläufen:

»Pädagogik ist ein gesellschaftlich institutionalisiertes Handlungsfeld, das sich in modernen Gesellschaften in Bezug auf diesen erwerbsarbeitszentrierten Normallebenslauf ausdifferenziert hat (vgl. Böhnisch/Schröer 2001; Galuske 2002). Sie ist dabei zentral an der Bearbeitung von Übergängen in Arbeit beteiligt und durch die darauf bezogenen Normalitätsannahmen strukturiert.« (Walther 2014, S. 78)

Mit dem Begriff des Übergangsregimes umfasst er unterschiedliche Typen von Übergangssystemen, die Normalitätsvorstellungen strukturieren hinsichtlich möglicher Übergangswege. Übergangsregimes stellen das Zusammenspiel aus Wohlfahrtsstaat, Bildung, Arbeitsmarkt und Jugendpolitik dar (vgl. Walther 2008, S. 23 ff.). Die Schweiz kann als ein erwerbsarbeitszentriertes Übergangsregime gefasst werden (vgl. Stolz/Gonon 2008). Damit einher geht die Kopplung eines selektiven Schulsystems mit einem Berufsbildungssystem, das standardisierte Ausbildungswege vorgibt. Scheitern im Übergang in ein sogenanntes Normal-

arbeitsverhältnis wird als individuelles Defizit interpretiert, und Jugendliche und junge Erwachsene bekommen die Verantwortung für die Gestaltung ihrer Übergänge übertragen (vgl. Walther 2008, S. 25). Auch dieser Aspekt rahmt die Lebenslage von Care Leavern.

Die hier erfolgte Beschäftigung mit Normalität und Normalisierung zeigt auf, dass die Konzepte in der Sozialen Arbeit mit je unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen und Verständnissen genutzt werden. Insbesondere in Bezug auf die Aufgabenbestimmung Sozialer Arbeit zeigt sich, dass hier gesellschaftliche Normalitätsvorstellungen eine zentrale Rolle spielen. In der vorliegenden Studie wird der Schwerpunkt auf der Rekonstruktion von Normalität aus der Perspektive von Adressat*innen liegen. Dabei legen die bestehenden Forschungen und Diskurse über Normalität und Normalisierung in der Sozialen Arbeit nahe, dass Soziale Arbeit involviert ist bei der Reproduktion von hegemonialen Normalitätsordnungen. Wie diese Prozesse der Normalisierung aus Subjektperspektive in der stationären Jugendhilfe erlebt werden und welche Bedeutung hierbei Differenzverhältnisse haben, ist bislang noch nicht untersucht worden. Dieser Frage wird in der vorliegenden Arbeit nachgegangen.